

AUF DEM WEG ZU EINER MODERNEN UND UNTERNEHMERISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Problembeschreibung

Seit vielen Jahrzehnten wird nun in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) protektionistische Politik betrieben. Derzeit werden knapp 60 Milliarden Euro an Subventionen ausgezahlt. Dazu kommen nationale Zusatzzahlungen, Zölle, nichttarifäre Handelshemmnisse, Interventionspreise und vieles mehr aus dem protektionistischen Repertoire. Wir JuLis sind davon überzeugt, dass Landwirte keine Bittsteller sein wollen und als Unternehmer das Potenzial haben auch ohne staatliche Interventionen wettbewerbsfähig zu sein. Deswegen ist unsere Vision, dass in den kommenden 20 Jahren eine Landwirtschaft entsteht, die durch die Kräfte der freien Marktwirtschaft noch stärker dasteht und nicht mehr auf Protektionismus angewiesen ist. Australien und Neuseeland fungieren hier als positive Beispiele, wie Landwirtschaft gestärkt aus einem Reformprozess zur freien Marktwirtschaft herausgehen kann.

I. Der unternehmerische Landwirt

Gerade junge Landwirte wollen endlich frei werden von der staatlichen Abhängigkeit. Diesen jungen und dynamischen Landwirten muss die Hand gereicht werden. Sie sind kreativ und sehen ihre Einkunftsöglichkeiten nicht nur im klassischen Verkauf ihrer Erträge an den Handel, sondern auch in eigenen Hofläden, eigenen besonderen Produkten oder im Tourismus. Gerade dieser Bereich verspricht mit der zunehmenden Umweltsensibilisierung der Bevölkerung großes Potenzial. Der unternehmerische Landwirt ist sich auch über die Veränderungen des Klimas bewusst und sichert sich für Ernteauffälle entsprechend ab. Staatliche Hilfen lehnen wir auch bei Dürreperioden ab. Dafür soll der Staat Ernteauffallversicherungen fördern. Dafür ist der Staat dafür zuständig, dass die Infrastruktur durch gute Straßen auch auf dem stimmt. Darüber hinaus muss er dafür sorgen, dass schnelles Internet auch auf dem Acker empfangen werden kann, da dieses für Effizienzsteigerung und für immer mehr technische Anwendungen notwendig ist.

II. Bürokratieabbau

Damit Landwirte frei agieren können, müssen sie von Bürokratie weitestgehend befreit werden.

- Baumaßnahmen in der Landwirtschaft sollen künftig kostenfrei beantragt werden können. Die Dauer der Bearbeitung von solchen Anträgen in kommunalen Baubehörden darf drei Monate nicht überschreiten.
- Die Cross Compliance Vorschriften müssen deutlich entschlackt werden. Insbesondere Vorschriften, deren Zielerreichung im eigenen Interesse der Landwirte ist, wie z.B. Erosionsschutz, müssen gestrichen werden.
- Sämtliche Standards von der EU, die sich nicht auf Qualität oder Umweltvorgaben beziehen, müssen deswegen hinsichtlich ihrer Notwendigkeit überprüft werden und abgeschafft werden, wenn sich keine Notwendigkeit nachweisen lässt. Hierzu soll ein Normenkontrollrat eingerichtet werden.

III. Kulturlandpflege ist keine staatliche Aufgabe

Die Pflege der Kulturlandschaft ist nach Meinung der Jungen Liberalen nicht die Aufgabe der Agrarpolitik. Die Kulturlandschaftspflege ist soweit gewünscht von der Umweltpolitik zu leisten. Wenn die Natur Grenzstandorte der Landwirtschaft für sich zurück gewinnt, ist es nicht die Aufgabe des Staates, dem entgegen zu wirken. Wald- und Wiesenlandschaften haben zudem einen höheren ökologischen Wert für Biodiversität und Umweltschutz als Agrarflächen.

IV. GAP Reform

Ein großer Teil des EU-Haushalts wird in die Agrarsubventionen gezahlt, obwohl die knapp 60 Milliarden Euro beispielsweise in Bildung und Forschung viel besser investiert wären. Die JuLis wollen die Agrarsubventionen mittelfristig ganz auslaufen lassen. Dazu muss schon heute angekündigt werden, dass Landwirte nicht mehr mit Subventionen rechnen sollen, damit sie entsprechende Maßnahmen durchführen können, um auf anderweitige Einnahmequellen zurückgreifen zu können. Die Zweite Säule muss dabei ebenso aufgehoben werden, wie die Erste Säule. Zusätzliche protektionistische Instrumente wie das Aufkaufen von Milch bei Interventionspreisen müssen mit sofortiger Wirkung gestoppt werden. An bestimmte Umweltauflagen müssen sich Landwirte auch ohne Subventionen halten, da jeder Unternehmer verpflichtet ist für die Kosten der Einhaltung bestehender Gesetze und Auflagen einzustehen. Das trifft nicht nur auf Landwirte zu.

Verfasserin: Alice Schmidt